



Nr. 30

14. August 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb-Chef im FAZ-Interview

[Negativrekord: Dem öffentlichen Dienst fehlen
600.000 Beschäftigte](#)

dbb jugend

[Fandrejewski fordert mehr Fokus auf Fachkräftemangel](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Digitalisierung des Mitbestimmungsgesetzes: Weitere Schritte
erforderlich](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Beamtenbesoldung: Das Land muss jetzt handeln](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Klare Kante gegen längeres Arbeiten und Einbeziehung in die
Rentenversicherung](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



dbb-Chef im FAZ-Interview

Negativrekord: Dem öffentlichen Dienst fehlen 600.000 Beschäftigte

Schule, Pflege, Justiz – überall fehlt Personal. dbb-Chef Volker Geyer fordert die Politik auf, neue Wege einzuschlagen.

„Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie künftig bei jeder neuen Aufgabe, die sie an Länder oder Kommunen überträgt, gleichzeitig eine digitale Lösung anbietet, um diese Aufgabe effizient zu bewältigen“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 11.8.2025). „Zum Beispiel ließe sich der Personalmangel beim Zoll reduzieren, wenn die Pakete durch KI vorsortiert würden. Anders bekommen wir auch die Paket-Tsunami aus Fernost – Stichwort: Temu – nicht in den Griff.“

Doch bis die Digitalisierung für spürbare Entlastung sorgen kann, ist es noch ein weiter Weg. Der dbb geht davon aus, dass kurz- und mittelfristig sogar mit einem höheren Personalbedarf zu rechnen ist. Aktuell fehlen dem öffentlichen Dienst 600.000 Beschäftigte, um allen Aufgaben gerecht zu werden. Die zahlenmäßig größten Fehlbedarfe gibt es laut aktueller dbb Abfrage vor allem bei Lehrkräften

(115.000), Fachkräften in Gesundheit- und Altenpflege (120.600) sowie in den Kommunalverwaltungen (108.500).

Forderungen aus der Politik, die Menschen müssten mehr Wochenstunden leisten und insgesamt länger arbeiten, erteilte Geyer eine klare Absage. Derartige Ideen gingen komplett an der Lebenswelt und den Anforderungen der Arbeitswelt vorbei, sagte er. „Wir haben schon heute eine extreme Zunahme an psychischen Erkrankungen. Die Leute können nicht mehr.“

Volker Geyer ist im Juni 2025 ins Amt gekommen, da sein Vorgänger Ulrich Silberbach aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste. Die Amtszeit endet offiziell im Herbst 2027. Auf die Frage der FAZ, ob er nur ein Übergangsvorsitzender sei, antwortete der dbb-Chef: „Nein, das bin ich nicht. Ich werde auf dem Gewerkschaftstag 2027 abermals antreten.“

dbb jugend

Fandrejewski fordert mehr Fokus auf Fachkräftemangel

Überall im öffentlichen Dienst fehlt Personal – in dieser Gemengelage ein späteres Renteneintrittsalter zu fordern, hält der Chef der dbb jugend für fatal.

„Es ist schon skurril, wenn jetzt plötzlich die durchschnittliche Lebenserwartung von bestimmten Berufsgruppen mit der Rentendebatte verknüpft wird“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 11. August 2025 in Berlin. „Fakt ist doch: Die Menschen im öffentlichen Dienst arbeiten am Limit. Aktuell fehlen 600.000 Beschäftigte. Besonders drastisch ist die Situation in den Schulen, in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie in den Kommunalverwaltungen. Und jetzt sollen die Kolleginnen und Kollegen, die den Mangel kompensieren, als Dank auch noch länger arbeiten? Das ist in meinen Augen nicht bloß ein falsches, sondern vor allem ein fatales Signal!“

Das richtige Signal wäre, etwas gegen den Fachkräftemangel zu tun, unterstrich der Vorsitzende der dbb jugend. „Der Staat muss im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähiger werden. Moderne Arbeitsformen, die mit flachen Hierarchien und Organisationsstrukturen einhergehen. Mehr Digitalisierung, vor allem mit Blick auf die Ausstattung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz – all das ist es, was jetzt im Fokus stehen sollte. Einerseits, um bestehendes Personal zu entlasten. Andererseits, um die Fachkräfte der Zukunft vom Staat als Arbeitgeber zu überzeugen.“



Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Digitalisierung des Mitbestimmungsgesetzes: Weitere Schritte erforderlich

Der dbb sh begrüßt die Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts, plädiert aber für Ergänzungen, um die Grundlage für Arbeit der Personalräte weiter zu verbessern.

Die ergänzenden Anregungen betreffen unter anderem Klarstellungen bezüglich der Kostenübernahme des sachlichen Geschäftsbedarfs der Personalräte, schreibt der dbb sh in einer Pressemitteilung vom 11. August 2025. Die Gewerkschaft regt an, auch das Fortbildungskontingent zu flexibilisieren, um eine bedarfsgerechte Aufteilung auf die Personalratsmitglieder zu gewährleisten.

Bedeutsam ist für den dbb sh ist außerdem, Benachteiligungen für Personalratsmitglieder zu vermeiden. Deshalb bedarf es einer Klarstellung, dass Mehrarbeit infolge der Personalratsarbeit vollständig auszugleichen ist.

Zudem haben die Belange Jugend- und Ausbildungsververtretungen einen hohen Stellenwert, so die Gewerkschaft. Deshalb empfiehlt sie eine Aufwertung durch die regelmäßige Einbeziehung in Besprechungen zwischen Dienststellenleitung und Personalrat. Außerdem

sollte das Verfahren für die JAV-Wahlen deutlich vereinfacht werden.

Die Vorschläge zur Vereinfachung von Wahlverfahren betreffen auch die Personalratswahlen. Denn hier besteht die Chance, den allseits geforderten Bürokratieabbau am Beispiel des Mitbestimmungsgesetzes praxiswirksam zu realisieren. Dies könnte zum Beispiel mit Wahlversammlungen in diversen kleineren Dienststellen oder durch die drastische Reduzierung der aktuell häufig zu Unsicherheiten führenden geschlechterspezifischen Vorgaben erreicht werden.

Mit Spannung erwartet der dbb sh, wie die Politik das im Gesetzentwurf vorgesehene „digitale Zugangsrecht“ der Gewerkschaften zu den Dienststellen umsetzt, um Beschäftigte auf die Gewerkschaftsarbeit aufmerksam machen zu können. Diesbezüglich besteht bereits ein Dialogprozess mit der Staatskanzlei.

Mecklenburg-Vorpommern

Beamtenbesoldung: Das Land muss jetzt handeln

Der dbb m-v sieht sich nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Greifswald in seiner Kritik bestätigt: Die Beamtenbesoldung in Mecklenburg-Vorpommern war in den Jahren 2018 bis 2022 in mehreren Besoldungsgruppen verfassungswidrig zu niedrig.

Das Gericht hat mit seinen Entscheidungen vom 24. April 2025 und 22. Juli 2025 sechs Verfahren zu den Besoldungsgruppen A 6 bis A 9 wegen möglicher Verstöße gegen das Mindestabstandsgebot zur Grundsicherung sowie fehlender ämterbezogener Differenzierung dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Der dbb m-v hatte bereits seit Jahren auf diese gravierenden Mängel hingewiesen und entsprechende Verfahren unterstützt.

„Diese Entscheidung ist ein wichtiger Schritt für die Wahrung der verfassungsrechtlich garantierten amtsangemessenen Alimentation“, erklärte Dietmar Knecht, Landesvorsitzende des

dbb m-v, am 12. August 2025. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten hervorragende Arbeit für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger. Dafür steht ihnen auch eine verfassungsgemäße Besoldung zu.“

Für andere Besoldungsgruppen (A 11 und A 13) sah das Gericht keine Verfassungswidrigkeit. Der dbb m-v wird die weitere Entwicklung auch in diesen Bereichen genau beobachten.

Der dbb m-v fordert die Landesregierung auf, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens in Karlsruhe, umgehend die gesetzlichen Grundlagen anzupassen und rückwirkend für eine angemessene Bezahlung aller betroffenen Beamtinnen und Beamten zu sorgen.



Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Klare Kante gegen längeres Arbeiten und Einbeziehung in die Rentenversicherung

Der BDZ kritisiert populistische Forderungen im Sommerloch und fordert die Politik auf, realistische und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

„Wir lehnen sowohl die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung als auch jede Diskussion um eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit kategorisch ab“, sagte der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel am 8. August 2025.

Aktuelle Vorstöße, insbesondere aus dem Bundesarbeitsministerium und Teilen politischer Verbände, heizen die Debatte um die Alterssicherung mitten im sogenannten „Sommerloch“ in der Öffentlichkeit an. Liebel: „Diese Vorschläge sind für uns lediglich ein Griff in die ideologische Mottenkiste und stellen kein geeignetes Mittel dar, um den Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig

zu begegnen. Vielmehr verschärfen sie Planungsunsicherheiten und schüren unnötige Ängste unter Beamtinnen und Beamten.“

Der BDZ fordert die politisch Verantwortlichen eindringlich auf, sich nicht von Populismus und kurzfristigem Aktionismus leiten zu lassen. Es brauche eine generationengerechte Stärkung der bewährten Systeme, echte Attraktivitätsmaßnahmen wie eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit sowie bessere zeitliche Souveränität und eine sichere Perspektive für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft betont, sich weiterhin mit aller Kraft gegen populistische Vorstöße zu stellen – für eine moderne, attraktive Verwaltung und eine faire, verlässliche Altersversorgung.